„Europa hat die Wahl- Weniger Markt dafür mehr Soziales!“
Freigeist Hotel, Göttingen
14.02.2019, 19:00 Uhr

Wenn man sich die letzten 10 Jahre ansieht, scheint die Europäische Union (EU) von der einen zur anderen Krise zu stürzen. Am 26. Mai 2019 sind EU-Parlamentswahlen und rechtspopulistische Parteien finden immer mehr Zuspruch. Damit steht die EU vor großen Herausforderungen und muss sich neu ordnen. Europa muss neu und gemeinsam gedacht werden. Das Soziale muss mehr in den Mittelpunkt rücken. Aber wie kann eine wirtschafts- und sozialpolitische Neuausrichtung Europas aussehen? Welches sind die zentralen Reformfelder? Über diese und weitere Fragen haben wir mit unseren Gästen in Göttingen gesprochen.

In der kurzen Begrüßung und Einführung betonte **Urban Überschär**, Leiter des Landesbüros Niedersachsen, dass die EU vor großen Herausforderungen stehe, wie den Rechtsruck in den europäischen Staaten und auch den Brexit. Das Soziale sei sehr wichtig und nicht nur ein Beiwerk.

Anschließend übernahm **Dr. Birgit Mangels-Voegt**, Politologin und Prozess- und Strategieberatung KOMPASS, die Moderation und bat die Podiumsteilnehmer_innen auf das Podium und darum, erste Einschätzungen zur Lage Europas zu machen**.** Mangels- Voegt richtete ihre erste Frage an **Bernd Lange** MdEP, Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel im Europäischen Parlament. Europa brauche doch mehr Markt oder nicht?. Laut Einschätzung von Lange braucht die EU aber vor allem eine größere Regulierung. Diese Art Re-Regulierung müsse im sozialen Bereich gemacht werden, um das Soziale in der EU in den Mittelpunkt zu stellen und nicht den reinen Kapitalismus. Er betonte, dass es zurzeit keine gerechte Verteilung in der EU gäbe. Lange forderte einen soziale Sicherung in Form von Rahmengesetzgebungen besonders im Hinblick auf die derzeitigen Missstände bei Arbeitsverträgen. Nach seiner Ansicht werden

Dr. Birgit Mangels-Voegt, Politologin

Bernd Lange MdEP , Vorsitzender des Ausschusses für Internationalen Handel im Europäischen Parlament

die Unternehmen viel zu viel entlastet, was zur Folge habe, dass viele Menschen von ihrem Lohn kaum leben könnten.

Larissa Freudenberger, Juso-Vorsitzende Unterbezirk Göttingen

Larissa Freudenberger, Juso Vorsitzende des Unterbezirks Göttingen, machte ihre Punkte aus Juso Sicht deutlich. Besonders wichtig sei ihr das Thema Wahlbeteiligung. Diese lag 2014 bei lediglich 40 Prozent. „Da müssen wir ansetzten" sagt Freudenberger. Es müsse möglich sein, wieder Themen in der Politik anzuschneiden, die für die jüngere Generation wichtig sind. Weiter betonte sie, dass die Jugendarbeitslosigkeit innerhalb der EU stark davonabhängig sei, in welchem Land man geboren werde. Beispielsweise habe Griechenland eine Jugendarbeitslosenquote von 36 Prozent, währen diese in Deutschland bei nur 6 Prozent liege. Bildung bedeutet Zukunft und dies sollte nach Meinung Freudenbergers auch im politischen Fokus stehen. Man bräuchte daher ein allgemeines Umdenken innerhalb der EU.

Prof. Dr. Björn Hacker von der Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin sagte, dass man die EU mal von außen betrachten müsse. Es gäbe eine Menge Aspekte, die die EU sozial machen, so z.B. das europäische Sozialmodell. Allerdings wurde dies in einigen Punkten kaputt gemacht und daran müsse man arbeiten. Hacker verwendete dabei das Bild eines Karrens im Fluss. Es gebe zwei Arten von Sachverständigen innerhalb der EU: die erste Gruppe will den Karren so schnell wie möglich aus dem Flussbett ziehen und alles beschleunigen. Die andere Gruppe zieht von Hinten an dem Karren, um wieder das sichere Ufer des Sozialstaates zu erreichen. Man müsse sich innerhalb von Europa zusammensetzen und schauen was kein einzelner Staat alleine schaffen könne, um einen europäischen Mehrwert zu erzielen. Europa müsse stark genug sein, um die Globalisierung ein Stück weit mitgestalten zu können. Dazu gehört für Hacker vor allen Dingen zunächst einmal, die eigenen Probleme zu bewältigen. Diese wären seiner Ansicht nach die Währungsunion krisenfest zu machen, die soziale Absicherung zu garantieren und Migration gemeinsam zu gestalten. „Europa ist da, man muss es nicht neu erfinden"

Prof.Dr.Björn Hacker, Hochschule für Technik und Wirtschaft Berlin, Autor

Susanne Wixforth, DGB-Bundesvorstand

Im Anschluss sprach **Susanne Wixforth**, Referatsleiterin internationale und Europäische Gewerkschaftspolitik beim DGB- Bundesvorstand. Europa sei aus dem Binnenmarkt Gedanken heraus gegründet worden und das Soziale war zu der Zeit in keinster Weise in den Verträgen verankert, beziehungsweise nur sehr eingeschränkt, weil die Mitgliedsstaaten autonom in ihren eigenen Ländern handeln wollten. Durch den Trickle- Down Effekt sollte es möglich sein, dass der Einkommenszuwachs, der Reichen einer Gesellschaft in den mittelständischen und ärmeren Gesellschaften durchsickert. Diese Hoffnung hat sich nach Wixforth nicht bewahrheitet. Susanne Wixforth betonte, dass es an einem sicheren Raum fehle, der durch die größere Anzahl von Mitgliedsstaaten nicht mehr vorhanden sei. In den Mitgliedsstaaten gebe es unterschiedliche wirtschaftliche Entwicklungen. Im Bereich der südlichen Länder sehe man die hohe Jugendarbeitslosigkeit und innerhalb der anderen Staaten käme es zu Konkurrenzwettbewerben. Zusätzlich werde die Einkommensschere in Deutschland immer größer, was die Bürger_innen zunehmend skeptisch zurück lasse. Eine Angleichung der Löhne müsse auch bedeuten: gleiche Arbeit gleicher Lohn. Es gebe viele Richtlinien und Gesetze, welche aber leider nicht in den Alltag umsetzbar sind, weshalb es nicht zur Umsetzung komme. Lohndumping sei auch ein großes Problem, welches in der EU eine neue Form von „Lohnsklaventum“ entstehen lasse. In der EU müsse mehr reformiert werden, anstatt sich nur zu empören. Hacker sprach im weiteren Verlauf darüber, dass die EU einen Rahmen für Soziales setzen müsse, um z.B. eine Ober- und Untergrenze in Bezug auf die Rechte von Arbeiternehmer_innen abstecken zu können. Diese könnten zum Beispiel so wie die Europäische Sozialsäule aussehen, die Jahr 2017 vorgestellt wurde. Einig waren sich die Podiumsteilnehmer_innen dabei, dass in vielen Punkten die gesellschaftliche Diskussion auf der EU-Ebene fehle. Lange und auch Freudenberger forderten daher, mehr junge Menschen in den Diskurs einzubeziehen und ihnen nicht nur aufzuzeigen, wie eine Europäische Union ohne sie aussähe, sondern das sie auch der Politik aufzeigen müssten, was für Themen für sie (wahl) entscheidend sind. Im Weitern drehte sich die Diskussion um Benefits für Unternehmen und ob die Interessen der Unternehmen in den Handelsabkommen mehr zählen, als die der Bevölkerung. Lange betonte, dass es Unsicherheiten in der Bevölkerung gebe und man sicherstellen müsse, dass der Wohlstand mehr bei den Menschen ankommt. Es käme auf uns alle an. Jede Stimme Pro-EU sei ein Gewinn und erhöhe die Politikbegeisterung bei jungen Menschen. Das Podium war sich darüber einig, dass die EU eine stärkere soziale Absicherung sicherstellen müsse.

Am Ende wurde die Runde noch für Fragen aus dem Publikum geöffnet. Dabei wurde unter anderem von Zuhörer_innen angemerkt, dass oft die Einigkeit der Sozialdemokratie fehlt und auch Klimaziele missachtet werden und es der Wirtschaft oft an Nachhaltigkeit fehle. Und: in welchem Ausmaß erneuerbare Energien genutzt werden. Dabei kam auch das Problem mit den USA und dem Pariser Abkommen zur Sprache. Nach Meinung Langes sind die USA der größte Umweltverschmutzer. Ein anderer Besuch sprach das Thema der Wahlbeteiligung an und fragte, wie man diese erhöhen könnte. Eine Idee seinerseits war das Anbringen von Europaplaketten. Aber auch landwirtschaftliche Themen waren im Gespräch.